

# Der Triumph der Grünen und der schwierige Atomausstieg

Gerd Weidenhausen

Was das Gros der Wähler, die die Pro-Atomparteien abwählten, nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz wohl am meisten interessieren dürfte, ist die Frage, ob, wann und inwieweit die jüngsten Wahlergebnisse eine wirklich absehbare Zäsur in der Atom- und Energiepolitik zur Folge haben werden. Weiterhin wird es spannend zu beobachten, wie angesichts des Debakels der neoliberal aufgestellten FDP, der an Zuspruch und Glaubwürdigkeit verlierenden CDU, der dahindümpelnden SPD und der im Aufschwung befindlichen Grünen die politische Landschaft in Deutschland eine Veränderung erfahren wird. Sicher scheint zumindest zu sein, dass die jüngsten Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen einen Trend für die nächsten Bundestagswahlen und eine absehbare Kräfterverschiebung in der Parteienlandschaft anzeigen. Außerdem markieren sie auf dem Hintergrund der apokalyptischen Bilder von Fukushima eine deutliche Themenverschiebung: Standen in den letzten zwei Jahren insbesondere Fragen der Finanz- und Wirtschaftspolitik im Vordergrund, dabei phasenweise die umweltpolitische Agenda verdrängend, so steht angesichts der Kernschmelze in den japanischen Atomkraftwerken die Energieversorgungsdebatte wieder auf der Tagesordnung.

Dabei bilden die Grünen mit ihren seit ihrem Bestehen maßgeblichen Themen Umwelt, Klimawandel und Ausstieg aus der Atomenergie für »die neue Mittelschicht«, deren besser verdienender akademischer Teil die treueste Anhängerschaft bildet, und für die nachkommenden Jungwähler<sup>1</sup> die glaubwürdigste Wahloption in einer Parteienlandschaft, die durch eine beispiellose inhaltliche, moralische und personelle Erosion gekennzeichnet ist. Bestätigt sieht sich das »neue Bürgertum«, für das

der Atomausstieg und die Förderung alternativer Energien bedeutsamer als die Fragen von Mindestlohn und Verteilungsgerechtigkeit sind, im Nachhinein in seiner Wahlentscheidung für die Grünen durch die groteske Veranstaltung des angeblich fundamentalen Umdenkens der Regierungsparteien im Angesicht der Katastrophe von Fukushima: Auf einmal gerieren sich die mit der Atomwirtschaft kugelnden und die Laufzeitverlängerung verschuldenden Parteien als aus der japanischen Katastrophe »lernende« – so, als hätte es Harrisburg, Tschernobyl, den Beinahe-Gau des RWE- eigenen Atommailers in Biblis 1987, die Pannenserien in Krümel und in Brunsbüttel nie gegeben.

Angesichts des rasch beschlossenen dreimonatigen Moratoriums der Bundesregierung und des nun angeblich endgültig einsetzenden Umdenkens der der Atomlobby nahe stehenden Regierungsparteien muss daran erinnert werden, dass in Anbetracht der genannten ehemaligen zwei Kernschmelzen und der zahlreichen Pannen selbige Bundesregierung Ende 2010 die Laufzeitverlängerung der deutschen AKWs in Geheimverhandlungen<sup>2</sup> mit den Energiekonzernen unter Umgehung des Bundesrates mit den Argumenten durchgedrückt hat, dass die deutschen Atomkraftwerke zum einen »absolut sicher« seien und dass zum anderen statistisch gesehen höchstens alle 10.000 Jahre eine Kernschmelze eintreten könne. Ein merkwürdiges Argument angesichts schon damals zweier Kernschmelzen und unzähliger Störfälle seit 1979, das entweder einen unerhörten Zynismus oder einen an Besessenheit grenzenden Glauben an die »saubere, sichere Energie« anzeigt und damit ein zutiefst irrationales Moment bei den Entscheidungsträgern über unsere Sicherheit. Unübersehbar ist die Verdunkelungs- und Desinformationpolitik der

Atomlobby erfolgreich, insofern die Kette der Beinahe-Katastrophen aus dem öffentlichen Bewusstsein gelöscht wurde und die »saubere«, mit einem »unwahrscheinlichen und minimalen Restrisiko« verbundene Atomenergie als Alternative zu CO<sub>2</sub> belasteten und angeblich teureren alternativen Energien angepriesen werden konnte. Dass man den eigenen Argumenten selber nicht ganz traute, zeigte dann die Art und Weise, wie die Laufzeitverlängerung durch die neue Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Merkel unter Annullierung des Atomausstiegsgesetzes, das Rot-Grün mit der Atomindustrie zuvor ausgehandelt hatte, durchgeboxt wurde.

Ausschlaggebend für den »Ausstieg aus dem Ausstieg« war zum einen der Ausgang der Bundestagswahlen am 27. September 2009, in dessen Gefolge die konservativen Ministerpräsidenten Roland Koch aus Hessen und Günther Oettinger aus Baden-Württemberg in einem Schreiben Bundeskanzlerin Merkel dazu aufforderten, »nicht nur die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern, sondern die Fristen komplett zu streichen.« Dazu heißt es weiter in dem aufschlussreichen *Zeit*-Dossier *Wie kam es zur Laufzeitverlängerung*: »Das wäre das Ende des deutschen Atomausstiegs, eine Karikatur des Erreichten, eine Kernschmelze der Umweltpolitik«, die ja dann durch die diversen Aktivitäten der im *Zeit*-Artikel im Einzelnen aufgezeigten Seilschaften zwischen Regierungspolitikern und Vertretern der Atomindustrie erfolgreich betrieben wurde. Dies geschah ungeachtet eines Gutachtens des seit 40 Jahren existierenden Sachverständigenrats des Umweltrats, das am 5. Mai 2010 Umweltminister Norbert Röttgen zugesandt wurde. Das *Zeit*-Dossier fasst die Kernbotschaft dieses Gutachtens wie folgt zusammen: »Auf 95 Seiten reißen die Professoren die Theorie von der Brückentechnologie ein. Atomkraft und Sonnenenergie, Kernkraftwerke und Windanlagen passen technisch nicht zusammen, schreiben sie. Um erneuerbaren Energien wirklich den Weg zu bahnen, müsste man die Leistung eines Atomkraftwerkes senken können, sobald die Sonne scheint – und erhöhen, wenn der

Wind nicht mehr weht. Doch Atomkraftwerke könne man nicht ein- und ausschalten wie eine Herdplatte. Oder genauer: Man könne es schon, aber sie verträgen es nicht besonders gut. Die Wahrscheinlichkeit von Störfällen steige. Atomkraftwerke seien als Brücke noch gefährlicher als ohnehin schon. Das ist die Meinung des Umweltrates.«<sup>3</sup> Von diesem Gutachten sprach die Bundesregierung mit keinem Wort, als sie im Verein mit ihren Partnern von der Atomindustrie die Laufzeitverlängerung mit dem Argument der Atomenergie als »Brückentechnologie« beschloss.

### *Ein schneller Ausstieg wäre möglich*

In Anbetracht der Zunahme der ans Tageslicht kommenden Zynismen der Atomlobby bzw. der Stromwirtschaft, die wie keine andere Branche aufs Engste mit der Politik verflochten ist und außerdem als der mächtigste globale Wirtschaftsverband gelten kann, ist es naiv anzunehmen, dass diese Branche das Feld kampflos räumen wird.

Der Hoffnung machende Wahlsieg der atomkritischen Parteien bei den Landtagswahlen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es für die mächtige Atomlobby mit ihren vier Anbietern in Deutschland – E.on, RWE, EnBW und Vattenfall – im Falle eines raschen Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in alternative Energien um riesige Profite geht, die verloren zu gehen drohen: Schon rüsten diese – obwohl Frau Merkel mit durchsichtigem Kalkül nicht mehr und weniger als ein dreimonatiges Moratorium verkündet hat – »zum Kampf gegen Merkel«, wie *Spiegel online* am 31.3.2011 meldete; schon wird der Wirtschaftsflügel der CDU wieder aktiv, um im Sinne genannter Konzerne zu agieren.

Dabei wäre ein schneller Ausstieg möglich, wie Untersuchungen des Fraunhofer Instituts für Solare Energiesysteme (ISE) in Freiburg und eine weitere Studie des Darmstädter Öko-Instituts jüngst feststellten.<sup>4</sup> Nötig wäre aber auch, jene Personen von den Entscheidungsprozessen mit Sicherheitsrelevanz auszuschließen, die wider besseres Wissen und in unverantwortlicher Weise, trotz aller Kernschmelzen und Pannen,

weiterhin die Mär von den sicheren Kernkraftwerken verbreiten. Dass der Kampf gegen die Lobby der Atomkonzerne längst noch nicht entschieden ist, wird vollends klar, wenn man sich folgende Erkenntnisse von Hermann Scheer in Erinnerung ruft: »Der suggerierte Konsens über erneuerbare Energien ... verführt dazu, die mit dem Energiewechsel zwangsläufig verbundenen Konflikte zu unterschätzen. Wo der Wechsel zu erneuerbaren Energien praktisch eingeleitet ist, geht es jedoch erst ans »Eingemachte«: Die praktische Ablösung atomarer und fossiler Energien betrifft unmittelbar die Struktur des etablierten Energiesystems, die eng mit den herrschenden Produktions- und Konsumbedingungen, Wirtschaftsordnungen und politischen Institutionen verwoben ist. Sie rührt unmittelbar an die Existenzinteressen der etablierten Energiewirtschaft, die der größte und vor allem politisch einflussreichste Sektor der Weltwirtschaft ist ... Der »neue« Energiekonflikt bricht vor allem dort aus, wo die Einführung erneuerbarer Energien schon so weit fortgeschritten ist, dass sie konventionelle Energien in größeren Anteilen ersetzen können. Das wahre Problem unter der Decke des Scheinkonsenses, der nervus rerum des Konflikts, besteht darin, dass die Systemerfordernisse der Bereitstellung von Atomenergie und fossilen Energien mit den Erfordernissen der erneuerbaren Energien nicht vereinbar sind.«<sup>5</sup>

Diese Zeilen des 2010 verstorbenen Vorreiters der »solaren Revolution«, Hermann Scheer – ein Jahr vor den apokalyptischen Ereignissen in Japan mitsamt den nun anstehenden politischen Entscheidungsprozessen verfasst – können ahnen lassen, welche Kämpfe für jene

politischen Gruppen und Kräfte noch bevorstehen, die ernsthaft einen Atomausstieg wollen. Schon wird den Grünen auf Landesebene, so in Baden-Württemberg, klar, welche Erbschaften die Vorgängerregierung ihnen hinterlassen hat und wie mühsam es werden wird, die hohen Erwartungen, die die Wähler an sie haben, angesichts des drohenden Gegenwindes aus den wirtschaftlichen Machtzentren zu erfüllen. Das würde umso mehr zutreffen, würde sich die »rot-grüne« Landesregierung und eine etwaige künftige rot-grüne Bundesregierung genauso intensiv der sozialen Frage widmen und die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Superreichen rückgängig zu machen versuchen. Sicher ist: Sollten die Grünen genau aus jener Ecke zunehmend mit Beifall und Akzeptanz umworben werden, die die neoliberale Wirtschafts- und unverantwortliche Atompolitik zu verantworten hat, so hätten wir es – wie einige kritische Politologen und Beobachter schon jetzt munkeln – mit einer grünen neuen CDU zu tun.

1 Über das Wählerklientel aus der »neuen Mittelschicht«, gut verdienend und meist mit akademischem Hintergrund, siehe: Franz Walter: *Bürger wechsel dich*, in: *Freitag*, 31.3.2011. Siehe auch Jens Berger: *Die neue Volkspartei, die keine ist*, in: <http://www.nachdenkseiten.de/wp-print-php?p=8850x>

2 *Die Zeit: Wie kam es zur Laufzeitverlängerung?* 24.3.2011, von Anita Blasberg, Matthias Geis u.a.

3 Ebd.

4 Kerstin Conz: *Ein Ausstieg ist möglich*, in: *Die Zeit*, 18.3.2011.

5 Hermann Scheer: *Atomausstieg jetzt: Die Zeit ist reif*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 4/2011, S. 47 u. 50.

Im Juli 1986, wenige Monate nach der Katastrophe von Tschernobyl am 26. April, erschien ein Sonderheft von DIE DREI:

### **Das Problem der Kernenergie und der radioaktiven Schädigung von Mensch und Umwelt. Fakten – Analysen – Perspektiven.**

Die Beiträge von Johannes Kühl, Thomas McKeen (†), Wolfgang Schad und Bodo Hamprecht (†) sind grundsätzlicher Natur und daher auch in der gegenwärtigen Situation von Interesse. Sie werden zur Zeit aktualisiert und überarbeitet und sollen voraussichtlich im Sommer in Form eines kleinen Buches im Verlag am Goetheanum erscheinen.